

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

„Für ein bürgernahes Bayern: menschlich – nachhaltig – modern“: So lautet der Titel unseres Koalitionsvertrags und das ist der Anspruch, dem wir uns als Regierungsfraktion verpflichtet fühlen. Das haben wir während der **„Aktuellen Stunde“ im Landtag** nochmal deutlich gemacht. Bereits mit der **Abschaffung der Straßenausbaubeiträge** haben wir FREIE WÄHLER bewiesen, dass wir den Bürgerwillen ernst nehmen und diesen auch durchsetzen können. Auch unsere weiteren Erfolge sind von einem bürgerlichen Geist getragen: **kostenfreie Kinderbetreuung**, Einstellung von **5.000 neuen Lehrerinnen und Lehrern** sowie **jährlich 500 zusätzliche Polizisten**. Und weil wir starke Kommunen wollen, die ihre öffentlichen Aufgaben verantwortungsvoll wahrnehmen, stärken wir die kommunale Selbstverwaltung und statten die Kommunen auskömmlich mit Finanzmitteln aus. Dazu gehören **hohe Kompensationszahlungen für die weggefallenen Straßenausbaubeiträge**, die **Förderung kommunaler Schwimmbäder** und die Sportstättenförderung. Außerdem unterstützen wir gezielt unsere ländlichen Räume, um Ballungsräume zu entlasten und so langfristig zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse beizutragen. In Bayern hat sich innerhalb eines Jahres eine neue politische Kultur der Bürgernähe etabliert – das ist auch ein Verdienst der FREIEN WÄHLER.



Beschäftigt haben wir uns diese Woche außerdem mit folgenden Themen:

- Mehrsprachigkeit an Hochschulen fördern
- Landtagsanhörung „Bedrohung von Kommunalpolitikern in Bayern“
- Wiedereinsetzung einer Kinderkommission

R ü c k b l i c k

Internationalität ist ein unverzichtbarer Teil des Hochschullebens und Voraussetzung für dessen Wettbewerbsfähigkeit. Das hat zur Folge, dass der weltweite wissenschaftliche Austausch zwischen Forschenden, Lehrenden und Studierenden zunehmend auf Englisch geführt wird. Wir wollen dieser Entwicklung Rechnung tragen und fordern deshalb, dass **Deutsch und Englisch als zentrale Wissenschaftssprachen gleichberechtigt gestärkt** werden, um sowohl deutschsprachige als auch Studierende aus dem Ausland optimal auf eine internationale Wissenslandschaft, aber auch auf den internationalen Arbeitsmarkt vorzubereiten. Die Staatsregierung ist deshalb aufgefordert, Mehrsprachigkeit an bayerischen Hochschulen proaktiv zu fördern. Zudem müssen Hochschulen beim Ausbau englischsprachiger Lehrangebote und bei der Einrichtung von Studiengängen in Englisch noch besser unterstützt werden – gerade die MINT-Fächer kommen heute nicht mehr ohne Englisch aus. Gleichzeitig gilt es jedoch auch, Deutsch als Wissenschaftssprache zu erhalten. Denn wenn die Hochschulen ausschließlich auf englischsprachige Kommunikation in Forschung, Lehre und Lernen setzen, geht das zulasten anderer Sprachen und des Deutschen. Deshalb ist es wichtig, Mehrsprachigkeit in der Wissenschaft zu fördern. Nur so können sich die bayerischen Hochschulen international ausrichten und erfolgreich global positionieren – damit der Freistaat auch in Zukunft eine herausragende Rolle als international anerkannter Forschungsstandort einnehmen kann.

Sie erhalten Hassmails, werden in der Öffentlichkeit beschimpft oder gar gewalttätig angegriffen: Lokalpolitiker in ganz Deutschland sehen sich immer häufiger ernstzunehmenden Bedrohungen ausgesetzt. Ein Thema, mit dem sich die Sachverständigenanhörung „**Bedrohungslage von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in Bayern**“ im Landtagsinnenausschuss auseinandersetzte. Seit der Ermordung des CDU-Politikers und Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke im Juni dieses Jahres haben Feindseligkeiten gegenüber Lokalpolitikern eine neue Qualität erreicht. Deshalb setzen wir FREIE WÄHLER auf Beratung und Aufklärung an der Basis. Außerdem regen wir an, ein Handlungskonzept zur Unterstützung von Kommunalpolitikern in Bedrohungssituationen zu erstellen und wollen die politische Bildung stärken, um mehr Verständnis für die Bedeutung des demokratischen Meinungsbildungsprozesses zu schaffen. Auch die Medienkompetenz in Bayern muss gestärkt werden, denn soziale Medien sind nicht die Ursache der Probleme – sie befördern Probleme lediglich. Be-

drohungen von Gesundheit und Leben der Lokalpolitiker dürfen nicht schulterzuckend als „Berufsrisiko“ abgetan werden. Deshalb wollen wir FREIE WÄHLER einer weiteren Verrohung der Umgangsformen dadurch entgegenwirken, dass bedrohende und beleidigende Äußerungen in Social Media von Facebook, Youtube, Twitter und Co. schneller gelöscht und die Benutzerkonten der Hate Speech-Autoren gesperrt werden. Zudem fordern wir eine Imagekampagne, die mehr Menschen ermuntert, in die Kommunalpolitik einzusteigen. Lokalpolitiker wollen vor allem eines: Im Interesse ihrer Mitbürger passgenaue Antworten auf politische Probleme vor Ort finden. Dafür wenden sie oftmals einen Großteil ihrer Freizeit auf. Das verdient unser aller Anerkennung – nicht Spott oder gar Hass.

Die erneute **Einsetzung einer Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder im Landtag (Kinderkommission)** ist beschlossene Sache – und für uns Grund zur Freude. Denn mit ihr schaffen wir eine starke Interessenvertretung, mit der wir Kindern und Jugendlichen deutlich mehr politisches Gehör verschaffen. Kinder bedürfen des besonderen Schutzes durch den Staat und die Aufmerksamkeit der Politik, die sachbezogen und ruhig kindliche Belange diskutiert. Der Schutz der Kinder vor Gewalt in der Erziehung, vor Missbrauch etwa im Bereich der Kinderpornografie, aber auch Bemühungen um eine kinderfreundlichere Gesellschaft sind hochaktuelle Themen, denen wir uns verstärkt widmen müssen. Doch es gibt viele weitere Themen, die Kinder umtreiben und mit denen wir uns beschäftigen wollen. Ziel der Kommission wird es deshalb sein, Öffentlichkeit und Parlament für die Belange von Kindern und Jugendlichen zu sensibilisieren und eine einheitliche Anlaufstelle zu schaffen, an die sich nicht nur Verbände und Organisationen, sondern vor allem Kinder und Jugendliche wenden können.

Impressum Büro MdL Hans Friedl, Am Weinberg 26 b, 82239 Alling